

p.B.72.9.15.1 - VCL

VERTRAULICH

## Protokoll der Sitzung vom 17. August 1993

Die Ergebnisse der Diskussion lassen sich wie folgt zusammenfassen.

### 1. Status und Zeitplan der aussen- und sicherheitspolitische Berichterstattung

Der Entwurf zu einem *Bericht des Bundesrates über die schweizerische Aussenpolitik in den 1990er Jahren* ist dem Bundesrat vor den Sommerferien vorgelegt worden. Im Auftrag des Departementchefs wird er derzeit gekürzt. Bis Ende September soll eine ca. 40seitige Neufassung ausgearbeitet werden, die sich vornehmlich auf die Ziele und Mittel unserer Aussenpolitik konzentrieren soll. Der Bericht soll bis Ende Jahr veröffentlicht werden zusammen mit dem möglicherweise ebenfalls noch zu kürzenden *Neutralitätsbericht* als Beilage. Es ist noch nicht entschieden, ob das *Nord-Süd-Leitbild* als Anhang oder als separater Bericht erscheinen soll.

### 2. Plan Balladur: Initiative für eine europäische Stabilitätskonferenz

Der französische Vorschlag ist am Kopenhagener EG-Rat vom 20./21. Juni einigermaßen nüchtern aufgenommen worden. Eine EG-interne Arbeitsgruppe im Rahmen der EPZ ist derzeit damit befasst, ihn zu prüfen, einen Problemkatalog aufzustellen und dem nächsten EG-Rat im Dezember Bericht zu erstatten. Bisherige Reaktionen lassen erkennen, dass die Auswahl der Teilnehmerstaaten, das Verhältnis der Stabilitätskonferenz zur KSZE, der Anstoss zur Geltendmachung potentieller Territorialforderungen sowie die Ungleichbehandlung der GUS-Staaten von verschiedener Seite als problematisch betrachtet werden.

Aus Gesprächen mit dem belgischen EG-Vorsitz ergeben sich erste Anzeichen über eine mögliche Weiterverfolgung des Planes: Anscheinend will man sich mehrheitlich auf die bestehenden Probleme beschränken. Minderheitenfragen stehen klar im Vordergrund, Grenzveränderungen sollen nicht aufgegriffen werden. Der Plan soll sich auf bestehende Institutionen und Werte abstützen und nicht neue Strukturen und Normen schaffen. Einem regionalen Lösungsansatz - etwa qua regionale Verhandlungstische in der KSZE - wird der Vorzug gegeben. Anstelle von Garantien sind anscheinend wirtschaftliche Anreize bzw. Massregelungen durch den Europarat gedacht.

Aus verschiedenen Aussprachen geht hervor, dass der Plan in der EG wohl weiterverfolgt wird; "gelaufen" ist er aber noch nicht. Die Schweiz hat ihr Interesse an einer Mitwirkung am Plan bekundet. Es handelt sich für uns mithin auch darum, rechtzeitig ein positives Zeichen zu setzen und unsere im Plan angelegten Mitwirkungschancen intakt zu halten.



### 3. Aufnahme eines Dialoges mit der EPZ

Im Gegensatz zu früher geäußerten Widerständen aus der EG-Kommission scheint der belgische EG-Vorsitz mit der Aufnahme eines Dialogs der Schweiz mit der EPZ grundsätzlich einverstanden zu sein. Belgien hat sich bereit erklärt, für die Schweiz Briefings über den Stand der Arbeiten in den für uns prioritären EPZ-Arbeitsgruppen abzuhalten.

### 4. Aussprachepapier "Europäische Sicherheitsarchitektur: Stellung der Schweiz"

In bezug auf die Finalisierung des Papiers einigt sich die Gruppe auf folgendes Vorgehen:

*Inhaltlich* sollen Ergänzungen vorgenommen werden. Im beschreibenden Teil, der insgesamt zu kürzen ist, sollen auch der Europarat und die UNO berücksichtigt werden. Vorzunehmen ist weiter eine Abwägung der Vor- und Nachteile einer Annäherung an einzelne Organisationen sowie die Beurteilung von deren aussen- und innenpolitischer Opportunität sowie neutralitätspolitischer Unbedenklichkeit. Die vorgeschlagenen Massnahmen sind auch innenpolitisch zu begründen, und ihr Ziel, nämlich die Optimierung der schweizerischen Sicherheit, soll deutlicher hervorgehoben werden.

Was die *Form* des Papiers betrifft, wird beschlossen, dieses nicht als Aussprachepapier sondern als Antrag dem Bundesrat zu unterbreiten. Die Empfehlungen sind dementsprechend als Anträge zu formulieren.

In bezug auf den *zeitlichen Fahrplan* wurde vereinbart, das Antragspapier bis Ende September und die konkreten Vorschläge bis Mitte November dem Bundesrat zu unterbreiten.

L. von Castelmur